

Stadt.

C Land.





Bela Bach MdB

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Newsletter möchte ich die Gelegenheit nutzen und von meinem Einsatz als OSZE-Wahlbeobachterin in Albanien berichten. Außerdem enthält er wichtige Themen, die unser Leben vor Ort betreffen: Neue Regeln für Drohnen, der endlich durchgesetzte Rechtsanspruch auf Ganztagsschule und die künftige Verankerung der Vision Zero in der Strassenverkehrsordnung. Schön auch, dass ich als Betreuungsabgeordnete unserem SPD-Bürgermeister Enrico Corongiu aus Mittenwald den direkten Draht zu Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz bei seinem Besuch im Bundestag ermöglichen konnte.

Viel Spass bei der Lektüre!

Freundschaft!



Bela Bach, SPD

Verkehrssicherheit - Rede vom 21.05.2021



Meine Rede zur Vision Zero

endlich auch ein Tempolimit auf Autobahnen!

Es mag sein, dass wir das Ziel, die Anzahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren, niemals erreichen werden. Und doch war es ein sehr wichtiger Schritt, die künftige Verankerung der Vision Zero in der Straßenverkehrsordnung zu beschließen. An dieser Vision werden wir alle Maßnahmen im Straßenverkehr, von der Aufstellung des Verkehrsschildes bis hin zur Führerscheinprüfung, konsequent messen. Zu diesen Maßnahmen wird nach der Bundestagswahl hoffentlich endlich auch ein Tempolimit auf Autobahnen gehören. Und obwohl wir heute so wenig Verkehrstote und Verletzte wie noch nie haben, fällt auf, dass besonders die Anzahl verletzter und toter Radfahrer zunimmt. Jeder verletzte oder tote Verkehrsteilnehmer ist einer zu viel und es ist nur logisch, Maßnahmen zur Verhinderung zu priorisieren.

In der Vergangenheit haben wir schon viele Meilensteine erreicht, vom Abbiegeassistenten, der besonders Radfahrer und Fußgänger schützt, bis zum kürzlich verabschiedeten Gesetz für selbstfahrende und damit vorausschauende Fahrzeuge. Es wird die Aufgabe einer neuen politischen Mehrheit sein, die Vision Zero auch in Zukunft fortzuschreiben.

SPD

Internationale OSZEWahlbeobachtungsmission in Albanien

Ende April wurde ich von der Leitung der deutschen Delegation der OSZE PV (Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für eine Wahlbeobachtung in Albanien nominiert.

Anlass für meinen Einsatz, der unter strengen Corona-Schutzauflagen stattfand, waren die allgemeinen Parlamentswahlen in dem knapp drei Millionen Einwohner zählenden Staat. Der Gruppe der deutschen OSZE-Beobachterinnen und -Beobachter gehörten Abgeordnete aller Fraktionen im Deutschen Bundestag an. Analog zur deutschen Delegation setzte sich die insgesamt 60 Mitglieder zählende OSZE-Wahlbeobachtergruppe für Albanien ebenfalls aus Abgeordneten der verschiedenen Parlamente in West- und Osteuropa zusammen. Konkret vor Ort haben sich Abgeordnete aus den OSZE-Mitgliedsstaaten Finnland, Serbien, Italien, Schweden, Türkei und Polen zusammengefunden. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist eine verstetigte Staatenkonferenz zur Friedenssicherung. Die OSZE besteht aus 57 Teilnehmerstaaten, unter anderem allen Staaten Europas, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, den USA und Kanada. Der Hauptsitz der OSZE ist in Wien.



Internationale OSZE-



Wahlbeobachtungsmission in Albanien

Fortsetzung von Seite 3

Warum Wahlbeobachtung?

Wahlbeobachter der OSZE sind unabhängige Personen, die eine Wahl oder Abstimmung beobachten und dadurch auf ihre rechtmäßige Durchführung im demokratischen Sinne hin überprüfen. So sollen Wahlfälschungen verhindert werden. Die Wahlbeobachtung erstreckt sich, um wirksam zu sein, sowohl auf die Vorbereitung der Wahlen (Wählerlisten, Stimmzettel, Wahllokale usw.) als auch - unter Wahrung des Wahlgeheimnisses - auf die Wahlhandlung selbst (z.B. mögliche Behinderungen oder Beeinflussungen) sowie auf die Stimmauszählung und Protokollierung des Wahlergebnisses. Auch in Deutschland werden Wahlbeobachter bei der Wahl am 26.9. dabei sein. In Albanien war die Wahl am 25.4. aufgrund eines politischen Übereinkommens der albanischen Parteien von Juni 2020 sowie einer Wahlrechtsreform nicht nur ein Stresstest für die Tragfähigkeit des politischen Systems, sondern auch ein Test für den demokratischen Fortschritt in Hinblick auf einen möglichen Beitritt des Landes zur Europäischen Union. Ich war mit meinem finnischen Kollegen in Gjirokastra, drei Stunden von Tirana entfernt, in Wahllokalen im Einsatz.

Welche Aufgaben haben Wahlbeobachter?

Wie oben beschrieben, ist die Aufgabe der Wahlbeobachter die Überprüfung der demokratischen und rechtstaatlichen Wahlgrundsätze in den Wahllokalen. Als Mitglied der unabhängigen OSZE-Mission sind wir zu strikter Neutralität, politischer Zurückhaltung und Objektivität verpflichtet. Als Beobachterin habe ich mich hauptsächlich auf den Prozess der Stimmabgabe konzentriert.

Internationale OSZE-

SPD

Wahlbeobachtungsmission in Albanien

Fortsetzung von Seite 4

Mit einer Dolmetscherin und einem Fahrer haben wir insgesamt 10 Wahllokale rund um die Stadt Gjirokastra besucht. Wir haben mit Wahlhelferinnen und Wahlhelfern gesprochen, eine Überprüfung anhand von Fragebögen durchgeführt, die Einhaltung des Wahlergebnisses sowie die Funktionalität des elektronischen Erfassungssystems kontrolliert. Auch in abgelegenen Gebieten mit einer hohen Rate an Analphabeten klappte der korrekte Wahlvorgang. Die Wahlurnen wurden abgeholt und dann an einem zentralen Ort ausgeleert, um dort die Stimmen zu zählen. An diesem Ort waren wieder andere OSZE-Vertreter zugegen.



Per Fingerabdruck wird die Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler registriert. Als Wahlbeobachter der OSZE müssen wir den gesamten Ablauf und jede Handlung überprüfen.

Internationale OSZE-



Wahlbeobachtungsmission in Albanien

Fortsetzung von Seite 5

Was hat die Wahlbeobachtung gebracht?

Ich bin überzeugt, dass wir durch unseren Einsatz in einem ländlichen Gebiet dazu beisteuern konnten, dass das Vertrauen in die eigene Demokratie gestärkt und die Bemühungen zum Aufbau eines transparenten und fairen Wahlsystems auch international wahrgenommen und honoriert wurden. Die Unregelmäßigkeiten, die ich beobachtet habe, waren eher unbedeutend.

Ich ziehe insgesamt eine positive Bilanz dieser Wahlen. Die Menschen, die ich getroffen habe, waren sehr engagiert und um Sorgfalt in Bezug auf eine ordentliche Stimmabgabe bemüht. Die Ergebnisse der Wahlbeobachtungsmission werden im Übrigen der Öffentlichkeit in Berichten zur Verfügung gestellt.

Hier die Zusammenfassung des bei den Parlamentswahlen von Albanien erstellten Untersuchungsberichtes in englischer Sprache. Dieses Dokument fügt sich aus den Ergebnissen aller Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen zusammen.

Jedes Beobachterteam verfasst unabhängig einen eigenen Bericht:



http://www.osce.org/files/f/documents/2/7/484688.pdf

Weiterer Link zur OSZE-Pressemitteilung zur Albanienwahl:



https://www.osce.org/de/elections

Link zur OSZE Parlamentarischen Versammlung:



https://www.oscepa.org/en/

Einen Bericht mit den vorläufigen Schlussfolgerungen und einer Bilanz der Wahlen 2021 in Albanien schicke ich euch auf Anfrage gerne als PDF zu - Schreibt mir einfach kurz eine E-Mail unter bela.bach@bundestag.de



Wer keine besitzt, hat sicher schon mal welche gesehen: Drohnen – kleine, unbemannte Fluggeräte, oft mit einer Kamera.



Neue Regeln für Flugdrohnen

Fortsetzung von Seite 7



So muss nun ein größerer Teil der auf dem Markt verfügbaren Drohnen nach dem Kauf beim Luftfahrtbundesamt registriert werden, insbesondere, wenn Kameras an der Drohne genutzt werden sollen.

Zudem werden die Geräte nun je nach Gewicht und Nutzung in verschiedene Klassen unterteilt. Überschreitet die Drohne ein bestimmtes Gewicht, dürfen mit ihr beispielsweise Personen nicht mehr überflogen werden. Wer sich eine Drohne zulegt, muss sich ungeachtet des Einsatzzweckes unbedingt selbstständig zu allen Regeln informieren und gegebenenfalls Maßnahmen zur Sicherung oder Registrierung ergreifen, ansonsten drohen empfindliche Geldstrafen.

Endlich: Rechtsanspruch

auf Ganztagsschule ab 2026

Sehr schwierige Verhandlungen mit der Union abgeschlossen



Unsere ehemalige Familienministerin Franziska Giffey hat damit kurz vor ihrem Abschied alle Vorgaben, die sie aus dem Koalitionsvertrag übertragen bekommen hat, erfüllt. **Der Ganztagsanspruch war ein wesentlicher Punkt, auch für die Kinder in sozialen Brennpunkten.**

Die Union hat es ihr nicht leicht gemacht, das Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen. Jetzt aber wird die Betreuungslücke geschlossen, vor der viele Eltern standen, wenn ihre Kinder nach der Kita eingeschult wurden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass ab August 2026 zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch darauf haben, ganztägig gefördert zu werden. In den Folgejahren soll der Anspruch um je eine Klassenstufe ausgeweitet werden. Ab August 2029 soll dann jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1-4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung haben.

Das Aufholprogramm umfasst aber noch mehr: **Zunächst geht es um die Förderung der ganz Kleinen**. 150 Millionen Euro will der Bund zusätzlich in die frühkindliche Bildung stecken.

Der Großteil der Finanzspritze, eine Milliarde Euro, ist jedoch für Nachhilfeangebote vorgesehen.

Endlich: Rechtsanspruch auf Ganztagsschule ab 2026

Fortsetzung von Seite 9

Der Nachhilfeunterricht wird aber auf zwei bis vier Stunden wöchentlich und auf die sogenannten Kernfächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache beschränkt sein. Über Details dazu wird es einen runden Tisch mit den Kultusministern der Länder geben.

Viel Zeit bleibt dafür aber nicht: Der Zusatzunterricht soll bereits in den Sommerferien starten.

Weitere rund 530 Millionen Euro sollen in "außerschulische Angebote" wie Ferienprogramme, Familienurlaub und Freizeitaktivitäten investiert werden. Einkommensschwache Familien erhalten zudem eine Einmalzahlung von 100 Euro für Ferien-, Sport- und Freizeitaktivitäten. Ziel ist es, wieder Spaß an Bewegung und Lebensfreude zu fördern und das Wir-Gefühl zu stärken.

Die vierte Initiative des Aufholprogramms ist die Unterstützung im Alltag. 100 Millionen Euro stehen für diese "Aktion Zukunft" zur Verfügung. Mentoren sollen Kinder und Jugendliche unterstützen und sie begleiten.

Zu den zwei Milliarden Abfederung aufgrund der Corona-Pandemie werden 3,5 Milliarden Euro vom Bund für Investitionskosten und rund eine Milliarde Euro jährlich für Betriebskosten dazukommen. Für die SPD-Fraktion im Bundestag ist wichtig, dass wir damit einen neuen Schub zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie besseren Bildungschancen für alle Kinder geben.

Die Verteilung der Gelder wird allerdings Ländersache sein. Wegen des Mangels an Fachkräften soll es den Anspruch erst ab 2026 geben, zwischen Bund und Ländern wird es dazu dann eine Verwaltungsvereinbarung geben.



Was noch fehlt: Endlich unnötige Bürokratie abbauen!

Wie im Gespräch mit den Bürgermeistern der Kreistagsfraktion deutlich wurde, hemmen in Bayern vor allem die Landesvorgaben die Ganztagsschule derzeit. In Bayern müssen die Kommunen für jede Nutzung gesonderte Räumlichkeiten vorhalten, also für Grundschule, Mittagsbetreuung und Hort jeweils eigene Räume.

Diese Räume stehen dann die überwiegende Zeit des Tages dann leer und bleiben ungenutzt. Multifunktionale Nutzungen sind nur in anderen Bundesländern längst möglich, nicht aber in unserem Freistaat. Nachhaltigkeit sieht tatsächlich anders aus, besonders in einer Region, in der Grund und Bauen so teuer sind, wie nirgends anders. In Bayern gibt es zurzeit keine Pläne, wie der Unterricht in der Zukunft zusammen mit den Kommunen gestaltet werden soll.

Ich fordere die Bayerische Staatsregierung auf, sich ein Beispiel an der Regierungskoalition zu nehmen und die kommunale Familie in Sachen Schulbildung nicht im Regen stehen zu lassen.





Ziel ist, das zentral gelegene Gelände für sozialen und kommunalen Wohnungsbau zu nutzen. "Bezahlbarer Wohnraum, das ist der Kern der Sozialdemokratie", betonte Corongiu: "Wohnen ist ein Grundrecht." Doch leider sehen die Beamten der Bundesanstalt für Immobilienfragen (BImA), wie sich immer wieder zeigt, dies anders.

Es gibt bisher keine Einigung zur Altlasten-Frage oder zum Grundstückspreis. Ich hoffe, dass der erste Anstoß im Gespräch mit Olaf Scholz nun weiterhilft. Als Bundesfinanzminister ist er in dieser Frage auch zuständig. Ich habe Enrico Corongiu zugesichert, dieses für Mittenwald wichtige Thema zu verfolgen und die Gemeinde zu unterstützen, so gut ich kann. Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu ermöglichen, ist eines der wichtigsten Themen in Deutschland.

